

erhöht werden. Der Staat muss offen und nachvollziehbar für seine Ziele und Vorhaben Stellung beziehen. Auch wenn ihm dies gelingt, wird er aber nicht alle Bürgerinnen und Bürger und vor allem die unterschiedlichsten organisierten Interessengruppen zu überzeugen vermögen.

Dies zeigen jedenfalls die Erfahrungen bei der Bürgerbeteiligung bei Großprojekten. Bekannt sind hier nicht nur NIMBY's (Not In My Backyard) und damit diejenigen, die jedenfalls in ihrer Nähe keine Großvorhaben haben wollen. Gesprochen wird auch über NANA's (Not Anything

Near Anywhere), die generell gegenüber staatlichen Vorhaben kritisch eingestellt sind. Wie sich diese Haltung auf die nötigen Aus- und Umbaumaßnahmen zur Sicherstellung der Energiewende auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Transparenz ist und bleibt eine wichtige Richtschnur staatlichen Handelns. Wird sie allerdings zum Mantra der politischen Debatte, läuft etwas schief. Staatliches Informationshandeln bedarf wie jede andere Form staatlichen Handelns der rechtsstaatlichen Einbindung. Hier besteht noch Nachholbedarf.



**Monika Böhm**

ist Professorin für Staats- und Verwaltungsrecht an der Philipps-Universität Marburg und Landesanwältin beim Hessischen Staatsgerichtshof.

[monika.boehm@jura.uni-marburg.de](mailto:monika.boehm@jura.uni-marburg.de)

*Rudolf Walther*

## Zwischen Wächteramt, Skandalisierung und Instrumentalisierbarkeit

**Wo endet der Traum vom »Freiheitsmedium« Internet?**

Als vor etwa 30 Jahren das Privatfernsehen aufkam, äußerte Lothar Späth – der auf jede »Innovation« erpichte, damalige Ministerpräsident Baden-Württembergs – die forsche Ansicht, mit dieser »Modernisierung« werde jeder Fernsehzuschauer zu seinem eigenen Programmdirektor. Kein Argument war und ist zu simpel für die Troubadoure des freien Marktes, wenn es um Deregulierung von Märkten und Marktzugängen geht. Die Privatisierung im Gesundheitswesen und bei der Wasser- und Energieversorgung belegen das täglich.

Verglichen mit der Kundschaft des Privatfernsehens können sich die Gebührenzahler der öffentlich-rechtlichen Anstalten noch als Dirigenten fühlen, aller-

dings auch nur in einem eingeschränkten und verkommenen Sinne: Sie dienen den quoten-ergebenen Programmmachern als Alibi eines scheidemokratisch und »objektiv« ermittelten »Willens der Mehrheit« auf der Basis von Einschaltquoten. Gemessen an diesem simplen Kriterium kann die »Mehrheit« angeblich gar nicht genug kriegen von Sport, Talk-Shows und Volksmusik.

Späths Loblied auf das Privatfernsehen war allerdings nur das Vorspiel zum Jubel für das »Freiheitsmedium« Internet – wie es der Springer-Vorstandsvorsitzende Mathias Döpfner formulierte – und die Euphorie über den Beginn des Netz- und Computerzeitalters. Zu den rührigsten Aposteln gehörten in den 80er Jahren der IT-Spe-

zialist Jaron Larnier, der heute nüchtern geworden ist, und der Hippie- und LSD-Prediger Timothy Leary. Sie schwärmten damals vom Paradies der »virtual reality« und anderen Techno-Utopien. Von diesen Heilsbotschaften ist nur der Hinweis übrig geblieben, wir verdankten die spektakulären Enthüllungen von »Wistleblowern« der dank dem Internet gewachsenen Freiheit. Das ist ohne Zweifel richtig. Ohne die Netzinfrastruktur hätten Edward Snowden und

*Politisch blinder,  
technikbegeisterter  
Infantilismus*

andere keine Chance gehabt für ihre Aufklärung über einen unglaublichen Skandal und die Verwicklung von staatlichen Institutionen, aber auch privaten Firmen – von Google über Amazon bis hin zu den sogenannten »sozialen Netzwerken«. Hier erwies sich das Netz als Wächter über bürgerliche Freiheitsrechte. Aber Alexander Dobrindts (CSU-Minister in Berlin) weitere Steigerung der Netzeuphorie auf der CeBIT in Hannover, die in dem Satz »Wohlstand und Wachstum wird durch Digitalität erzeugt werden« kulminierte, zeugt nur von steinerner Primitivität und einem Rückfall in die Euphorie der 80er Jahre. Die Parole passt auch zur Devise, die der Google-Chairman Eric Schmidt ausgab, nachdem Facebook den Nachrichtendienst WhatsApp mit gerade einmal 50 Mitarbeitern für 19 Milliarden Dollar kaufte: »Lasst uns den Kapitalismus feiern!« Noch jede technologische Innovation vom Auto über das Privatfernsehen bis zum Internet befördert offensichtlich immer auch den politisch blinden, technikbegeisterten Infantilismus.

Komplexer sind die Probleme bei der Informationsquelle Wikipedia. Die intransparente hierarchische Struktur und die undurchschaubaren finanziellen Verhältnisse bei Wikipedia sind nur das eine. Gravierender als diese Strukturdefizite sind die inhaltlichen Einflussnahmen von Verbänden, Organisationen und Unternehmen auf Wikipedia – trotz der Selbstverpflichtung auf neutrale Information. Die

von der Otto-Brenner-Stiftung geförderte Studie *Verdeckte PR in Wikipedia. Das Weltwissen im Visier von Unternehmen* von Marvin Oppong ([www.otto-brenner-stiftung.de](http://www.otto-brenner-stiftung.de)) bringt nun erstmals etwas Licht in die dunkle Seite des Informationsmediums (27 Millionen Artikel in 280 Sprachen; allein die deutsche Ausgabe umfasst ca. 1,7 Millionen enzyklopädische Artikel mit 4,6 Millionen Seiten Umfang). Die Beeinflussung der Inhalte von Wikipedia ist ihrer Natur nach nur schwer nachzuweisen, aber der Autor der Studie zeigt an exemplarischen Fällen im Detail, wie »PR und Manipulation in Wikipedia allgegenwärtig« sind. Tausende von PR-Agenturen, Werbe- und Presseabteilungen manipulieren viele Artikel im Schutz des anonymen Zugangs nach ihren Interessen. Die wenigen öffentlich gewordenen Beispiele bilden nur die Spitze eines Eisbergs ab. Marvin Oppong zeigt Manipulationen in den Artikeln des Pharmakonzerns Sanofi-Aventis ebenso wie in jenen über das Projekt »Nachwachsende Rohstoffe«, Daimler-Benz, das Energieunternehmen RWE oder den Chemiekonzern BASF. Einmal wird die Geschichte eines Unternehmens unter dem Nationalsozialismus geschönt, ein anderes Mal die Finanzierung eines Films durch eine marktradikale Lobby verschleiert. Wikipedia ist auf dem besten Weg, seinen Ruf als Informationsquelle zu verspielen. Die Aura des basisdemokratischen, hierarchiefreien und unkontrollierbaren Mediums verflöcht schnell. Aus den meisten frühen Propheten und naiven Utopisten des »Freiheitsmediums« Internet sind mittlerweile ganz ordinäre Unternehmensberater und Werbeleute geworden.

Die Undurchsichtigkeit des »Freiheitsmediums«, das immer stärker einem polizeilich und geheimdienstlich überwachten Kontrollraum gleicht, bietet Möglichkeiten zur Skandalisierung von Ereignissen ganz unterschiedlichen Gewichts: Die Fälle des Ex-Bundespräsidenten Christian Wulff – Vorwürfe: Korruption und Bestechlich-

keit – und des Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy – Vorwurf: Erwerb von kinderpornografischem Material. Die beiden Fälle liegen auf verschiedenen Ebenen. Im Fall von Wulff ist es vor allem und zuerst Springers Boulevardpresse, die das Ehepaar Wulff mit allerlei Homestorys bekannt machte und hochschrieb, es dann mit Bagatellen und Gerüchten wieder herunterschrieb und in den Dreck zog nach der Hausdevisen: »Wer mit der Bild im Aufzug nach oben fährt, der fährt auch mit ihr nach unten« (Döpfner). Im Fall Edathy war es das seltsame Zusammenspiel von BKA und der Hannoveraner Staatsanwaltschaft, die Edathys sexuelle Orientierung öffentlich machte, obwohl noch nicht bewiesen war, ob mit dieser auch strafbare Handlungen verbunden waren. Am Anfang des »Skandals« stand im einen Fall also die Meute vom Boulevard, die zur Jagd blies, im anderen waren es staatliche Institutionen, die unverantwortlich handelten und öffentlich machten, was im Rechtsstaat im geschützten Raum von Ermittlungsverfahren bleiben muss.

In einer zweiten Phase erst kam das »Freiheitsmedium« Internet ins Spiel. Es öffnete der schrankenlosen Instrumentalisierung und Skandalisierung beider Fälle Tür und Tor. Wulff bringt es mit Ungeschicklichkeiten, Dummheiten und Bagatellen bei Google auf 4,7 Millionen Hinweise, Edathy mit anstößigen aber wahrscheinlich nicht strafbaren Handlungen gar auf 7 Millionen. Der »Informationsgehalt« von Millionen dieser Meldungen tendiert gegen null und besteht nur aus denunziatorischen bis scheußlichen Vermutungen und Spekulationen. In beiden Fällen erweist sich das Internet als Reservoir für moralisch und politisch defizitäre Angriffe und pöbelhaft-widerliche Anwürfe

im Schutz der Anonymität. Man muss schon Augen und Ohren verkleben und das Gehirn ausschalten, um Plattformen wie Twitter als »eine Art Wundertüte« und Beleg dafür wahrzunehmen, »wie bunt die Welt doch ist«, so der Journalist Alex Rühle.

Und schlimmer noch. Das Netz hat sich nicht nur vergrößert und verbessert, es hat auch die Kontrollmöglichkeiten beängstigend erweitert: »Das Geschäftsmodell von Google basiert auf einem Data-Mining, das demjenigen, das die NSA betreibt, vergleichbar ist«, wie der Medienwissenschaftler Tilman Baumgärtel erklärt. Das weltweite Domain-Name-System (DNS), eine online-Datenbank, kontrolliert nach wie vor das amerikanische Handelsministerium. Mithilfe des DNS findet eine Übersetzung von Computer IP-Adressen in Domainnamen und umgekehrt statt, sodass dem User das Merken von Zahlenreihen der IPs erspart bleibt. Google sammelt Kundendaten zu Werbezwecken, die NSA die Daten vermutlicher Terroristen. Politisch naive Gemüter feierten den arabischen Frühling enthusiastisch als »Facebook«- oder Web-Revolution und übersahen die Kleinigkeit, dass diese in ihrer Wirkung eher überschätzte Plattform zumindest der Polizei ihre Arbeit enorm erleichterte: Die Aktivisten lieferten der Polizei durch ihre Netz- und Vernetzungsarbeit die Daten gleich gratis und frei Haus, die sonst mühsam polizeilich ermittelt werden müssten. Im Internet legen die Revolutionäre die Spuren aus, die sie direkt ins Gefängnis bringen. In diese abgründige Paradoxie mündet der Traum vom »Freiheitsmedium«, den nur der Schlaf der Vernunft ermöglichen konnte.

### *Vergleichbare Geschäftsmodelle von Google und NSA*



#### **Rudolf Walther**

ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für Schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt/M. Unter dem Titel *Aufgreifen, begreifen, angreifen* ist soeben der dritte von geplanten vier Bänden mit seinen Arbeiten im Oktober-Verlag erschienen.

[rudolf.walther@t-online.de](mailto:rudolf.walther@t-online.de)